

Die Gründung der European Greens 1984

DOKUMENT 1

THE EUROPEAN GREENS
LES VERTS EUROPEENS
DIE GRÜNEN IN EUROPA
DE EUROPESE GROENEN
DE GRÖNA I EUROPA
NA GLASAIGH EORPACHA

GEMEINSAME ERKLÄRUNG DER EUROPÄISCHEN GRÜNEN PARTEIEN¹

Am Ende des zwanzigsten Jahrhunderts bieten die Grünen mit ihren Zielsetzungen reale Zukunftshoffnung: Rückgabe der Macht an die Bürger, Vermittlung des Gedankens, dass eine bessere Lebensqualität nicht von einem höheren Lebensstandard abhängt, Wiederherstellung des Gleichgewichtes zwischen Mensch und der ihn umgebenden Natur, radikale Neubestimmung der Beziehungen zwischen armen und reichen Völkern, Verteidigung der Sache des Friedens.

Grüne Politik ist in immer mehr Ländern Europas präsent. Um die Wünsche einer wachsenden Zahl von Bürgern besser erfüllen zu können, haben die grünen Organisationen beschlossen, auf europäischer Ebene für die Verwirklichung der Ziele eng zusammenzuarbeiten, die sie bereits auf lokaler, regionaler und nationaler Ebene verfolgen. Diese Zusammenarbeit soll auf grüne Organisationen sowohl in Osteuropa als auch in anderen Kontinenten ausgedehnt werden.

Die Wahlen zum Europäischen Parlament im Juni 1984 bieten die Gelegenheit, denen in den Arm zu fallen, die mit dem Streben nach fortgesetztem wirtschaftlichen und industriellen Wachstum die Lebensgrundlagen entweder durch die Verstärkung der Umweltverschmutzung und anderer Schäden oder durch die

¹ Quelle: AGG, B.I.1, vorl. Sign. 881. Minimale Schreibfehler sind korrigiert. Eine erste Fassung der Erklärung entstand bereits beim Treffen der Europäischen Grünen Parteien in Brüssel am 26./27. März 1983, eine dritte Fassung im Sommer 1983, in: AGG, B.I.1, vorl. Sign. 872. Die englische Bezeichnung für die Gemeinsame Erklärung lautet «Joint Declaration of Aims».

Erhöhung der Kriegsgefahr untergraben. Diese Tendenzen findet man in allen herkömmlichen Parteien, ob sie sich nun zur Linken, zur Rechten oder zur Mitte bekennen. Millionen von Bürgern, die bereits grüne Standpunkte vertreten, wissen, dass diese Tendenzen nur um den Preis einer radikalen Änderung der Grundhaltung aller Beteiligten zu wenden sind.

Die europäischen Grünen glauben, dass Europa nicht länger von zentralen Gewalten ver- oder «zer»-waltet werden sollte. Die Vielfalt der Kulturen der Völker und Regionen ist eines unserer höchsten Güter und soll zugunsten aller Europäer erhalten und entwickelt werden; wahre Souveränität kann nur von einer föderalen Struktur ausgehen, die diese Vielfalt berücksichtigt. Eine solche Struktur muss in letzter Konsequenz aus Regionen und nicht aus Nationalstaaten bestehen und so beschaffen sein, dass die Würde und Verantwortung aller Bürger geachtet wird: politische, soziale, wirtschaftliche Entscheidungen müssen von denen getroffen werden, die deren Folgen zu tragen haben. Dezentralisierung der Institutionen, der ständige Dialog zwischen Bürgern und Entscheidungsträgern auf allen Ebenen, Volksbegehren auf Verlangen, offene Diskussion der Probleme, freier Zugang zu allen amtlichen Dokumenten und Dateien sowie die Gewährung des Wahlrechts für Einwanderer – insbesondere anlässlich der Europawahl – stellen Garantien für ein wahrhaft demokratisches Europa dar.

Wir Grünen wollen kein Europa mehr, dessen Regierungen an der Anhäufung von Waffen führend beteiligt sind, während Jahr für Jahr Millionen Menschen an Hunger, Unterernährung und Armut sterben. Die furchtbare Kluft zwischen denen, die zu wenig haben, und denen, die um die Wette verschwenden, ist eine der wahrscheinlichsten Ursachen eines künftigen Krieges. Der Ausgleich der unterschiedlichen Lebensbedingungen muss eine Priorität im Kampf für den Frieden darstellen.

Die europäische Agrarpolitik muss grundsätzlich geändert werden: statt der gegenwärtigen, auf hohen Subventionen, auf Tiere, Pflanzen und Boden ausbeutenden industriellen Methoden beruhenden Landwirtschaft müssen wir ein Konzept des Ernährungsgleichgewichts sowohl in unseren Regionen als auch in der Dritten Welt fördern. Deshalb ist Forschung und Einsatz zur Anpassung der Umwelt- und Ernährungsbedingungen auf der Erde ein Hauptziel der Friedensstrategie der Grünen.

In Verbindung hiermit treten die Grünen für eine zivile und gewaltlose Verteidigung anstelle der herkömmlichen Konzeption bewaffneter Verteidigung ein. Gleichzeitig fordern wir ein Ende des Waffenhandels, eine unabhängige europäische Verteidigungsstrategie und einseitige Vorleistungen, um eine multilaterale Abrüstung zu erreichen.

Die Grünen wenden sich gegen Wachstum, das auf stetig ansteigender Energieerzeugung in den Industrieländern beruht, da dies unerträgliche Auswirkungen auf die Umwelt zeitigt. Darüber hinaus führt maßloser Verbrauch zu einer Erschöpfung der Energieressourcen auf Kosten der Länder der Dritten Welt. Wir sind gegen den Einsatz von Kernenergie, einer teuren, veralteten, unmenschlichen und äußerst gefährlichen Technologie, die Umweltprobleme

für Tausende von Jahren schafft. Stattdessen befürworten wir eine Energiepolitik auf der Grundlage von realen Bedürfnissen, die Energiesparmaßnahmen, rationelle Energienutzung und den Verbrauch von örtlich erzeugten erneuerbaren Ressourcen fördert.

Die Grünen wollen deshalb keine Wirtschaftsordnung mehr, die nur auf Produktivitätsorientierung beruht, zur Konzentration der Produktionsmittel führt, irreversible Umweltschäden anrichtet, künstliche Bedürfnisse schafft, selbstverwirklichende Tätigkeiten verhindert, Ungleichheiten zwischen Kontinenten, Regionen und sozialen Gruppen akzentuiert und dadurch zu allgemeiner Arbeitslosigkeit führt. Wir wollen uns vollständig vom liberalen oder monopolistischen Kapitalismus des Westens und vom Staatskapitalismus des Ostens abwenden und einen dritten Weg anstreben, der mit einer umweltfreundlichen Gesellschaft vereinbar ist. Wir sind für eine Erneuerung der Wirtschaftsordnung, von der Basis ausgehend, mit menschlichen und autonomen Formen, die zu einem System der gemeinschaftlichen Verantwortung führt, die dem Erhalt der Ökosysteme Vorrang gibt. Wir wollen entschiedene Maßnahmen zugunsten von Unternehmen nach menschlichem Maß, die soziale, nützliche, dauerhafte und umweltfreundliche Erzeugnisse schaffen, die den wahren Bedürfnissen der Gesellschaft entsprechen. Wir sind für überschaubare, nach Umweltkriterien organisierte Betriebe, an denen die Arbeitenden, die Verbraucher und die in der unmittelbaren Umgebung Wohnenden teilhaben. Wir treten für eine wesentliche Verringerung der Arbeitszeit, für eine Verteilung der Arbeit sowie für eine allgemeine Umverteilung der Einkommen und Ressourcen ein.

Mit dieser Erklärung kündigen die Grünen die Bildung einer Europäischen Grünen Allianz an und unterstreichen ihre Bereitschaft, in diesem Rahmen eng zusammenzuarbeiten, sowie Mittel und Ziele zu sammeln, um eine wirkliche Grüne Internationale zu schaffen.

LES VERTS (Frankreich)

ECOLOGY PARTY (Großbritannien)

COMHOANTAS GLAS (The Green Alliance – Irland)

AGALEV und ECOLO (Belgien)

DE GROENEN (Holland)

MILJÖPARTIET (Schweden) (*)

ALTERNATIVE LISTE ÖSTERREICH (ÖSTERREICH) (*)

(*) Verweise auf die EG gelten nicht für die Parteien von Nichtmitgliedstaaten.

DOKUMENT 2

THE EUROPEAN GREENS
LES VERTS EUROPEENS
DIE GRÜNEN IN EUROPA
DE EUROPESE GROENEN
DE GRÖNA I EUROPA
NA GLASAIGH EORPACHA

Brüssel, den 23.1.1984
PRESSEKOMMUNIQUE²

DIE GRÜNEN IN EUROPA: ES GEHT LOS !

Im Laufe einer Pressekonferenz, die am 23.1.1984 in Brüssel stattgefunden hat, haben acht in verschiedenen Ländern der EG und darüber hinaus vertretene grüne politische Organisationen die Bildung einer interregionalen Allianz mit dem Namen «DIE GRÜNEN IN EUROPA» angekündigt.³

LES VERTS (Frankreich), ECOLOGY PARTY (Großbritannien), COMHAONTAS GLAS (The green alliance – Irland), AGALEV und ECOLO (Belgien), DE GROENEN (Holland), MILJÖPARTIET (Schweden) und die ALTERNATIVE LISTE OESTERREICH (Oesterreich)⁴ haben beschlossen, auf europäischer Ebene eng zusam-

- 2 Quelle: AGG, B.I.1, vorl. Sign. 881. Hier befinden sich auch die englische Fassung der Presseerklärung, die Presseeinladung mit der Teilnahmeliste, eine Sammlung von Presseartikeln und ein Bericht von Sara Parkin. An der Pressekonferenz im Internationalen Pressezentrum in Brüssel haben Sara Parkin zufolge zwischen 50 und 60 Journalist/innen teilgenommen; Sara Parkin: A chronological report of events from the end of 1983 until August 1984.
- 3 Die englische Fassung der Presseerklärung benutzt hier das Wort «to announce», welches außer «ankündigen» vor allem «bekannt geben» bedeutet, was hier vielleicht passender gewesen wäre. Bei der Pressekonferenz ist nach Ansicht der anwesenden Journalist/innen die offizielle Gründung bekannt gegeben worden. Gerald Bourke zufolge handelte es sich um «the official launch of the European Greens». Bourke berichtete in «The Bulletin. Belgium's News Weekly in English» vom 27. Januar 1984: «Encouraged by their electoral success and increasing popularity, these parties have decided to bury their differences and contest the forthcoming European Parliamentary elections on the basis of a common programme. Several of their leading lights gathered in Brussels this week for the official launch of the European Greens.» Entsprechend auch der bereits genannte Bericht von Sara Parkin: «Our desire to form our own political group in the European Parliament was announced»; Sara Parkin a.a.O., Unterstreichung im Original.
- 4 Anmerkung im Original: DIE GRÜNEN (Deutschland), die an den Koordinationstreffen von Anfang an teilgenommen haben, werden in den nächsten Wochen eine formelle Entscheidung über ihren Beitritt zu den GRÜNEN IN EUROPA treffen. Das gleiche gilt für DEI GRENG (Luxemburg).

menzuarbeiten, um auch dort die grünen Zielsetzungen zu verwirklichen, die sie bereits auf lokaler, regionaler und nationaler Ebene vertreten. Die Vertreter der in Brüssel anwesenden Parteien haben darauf hingewiesen, dass sie inzwischen bereits seit fast zwei Jahren regelmäßige Arbeitskontakte haben, die u.a. zur Annahme einer «Gemeinsamen Erklärung» im Juni 1983 geführt haben. DIE GRÜNEN IN EUROPA haben beschlossen, gemeinsam an den Europawahlen teilzunehmen: Vor diesem Hintergrund sind von den Delegationen der verschiedenen Organisationen an diesem Wochenende (21./22.1.) eine Reihe von politischen Vorschlägen⁵ ausgearbeitet und verabschiedet worden; diese Vorschläge werden den jeweiligen Instanzen der verschiedenen Parteien [zur Beschlussfassung vorgelegt und]⁶ auf dem Kongress der GRÜNEN IN EUROPA am 31. März und 1. April 1984 in Lüttich [öffentlich bekannt gemacht].⁷

DIE GRÜNEN IN EUROPA haben außerdem das vom europäischen Parlament eingeführte Wahlkampfkostenrückerstattungssystem heftig kritisiert, welches sie als einen «Wiederwahl-Fonds» für die jeweiligen Europarlamentarier bezeichnen.

Schließlich haben DIE GRÜNEN IN EUROPA darauf hingewiesen, dass diejenigen unter ihnen, die mit hoher Wahrscheinlichkeit demnächst im Europaparlament vertreten sein werden, in aller Form auch die grünen Parteien anderer Länder – wie z.B. Großbritannien – dort vertreten werden, die aufgrund des in diesen Ländern geltenden Wahlsystems quasi keine Chance haben, Vertreter in das Europaparlament zu entsenden. Auf diese Art bringen DIE GRÜNEN IN EUROPA ihren Willen zu enger Zusammenarbeit, ihr Vertrauen ineinander und die Solidarität untereinander in konkreter Art und Weise zum Ausdruck.

-
- 5 Gemeint ist die gemeinsame Erklärung der grünen Parteien zur Europawahl 1984, deren ersten Entwurf Roland Vogt geschrieben hatte und die als Entwurf eines Kurzprogramms von der westdeutschen BAG Europa bei den Koordinierungstreffen eingebracht worden war. Die Zustimmung zum Kurzprogramm wurde jedoch beim Koordinierungstreffen am 21./22. Januar 1984 in Brüssel von den diesmal angereisten Vertretern der Grünen, Günter Hopfenmüller als Vertreter des Bundesvorstands und Lukas Beckmann als Bundesgeschäftsführer, abgelehnt. Vgl. den Bericht von Sara Parkin, a.a.O., und Paul Beeckmans-Wienert, Über die Zusammenarbeit der grünen und alternativen Parteien in Europa, 2-seitiges Typoskript ohne Datum aus dem Jahr 1984, AGG, B.I.1, vorl. Sign. 872.
- 6 Am Sinn des Satzes besteht an sich kein Zweifel. Die in Brüssel gefassten Beschlüsse zum gemeinsamen Programm bedürfen der Zustimmung der zuständigen Gremien der beteiligten Parteien. Anschließend soll das Programm beim 1. Kongress der Europäischen Grünen in Lüttich offiziell präsentiert werden. Die Ergänzungen in der eckigen Klammer sind sinngemäß, aber sprachlich nicht optimal. Leider ist auch die englische Fassung nicht ohne Mängel: «The European Greens have decided to go together into the European elections in June 1984 and with this in mind a programme of political proposals has been put together and adopted by the delegation of each movement this week-end. They will [be] taken by to each of the parties [for] ratification and will be made public at the Congress of Green Parties Liège-Belgium, 31st March and 1st April.»
- 7 Im Original steht «vorgelegt». Sinngemäß und in Übereinstimmung mit der englischen Fassung «will be made public» ist «werden öffentlich bekannt gemacht» passender.

**THE EUROPEAN GREENS
DE GRÖNA I EUROPA
LES VERTS EUROPEENS**



**DE EUROPESE GROENEN
NA GLASAIGH EORPACHA
DIE GRÜNEN IN EUROPA**

Plakat der Grünen in Europa 1984.

DOKUMENT 3

Gemeinsame Erklärung grüner, ökologischer und radikaldemokratischer Parteien zur Europawahl:⁸

«Unser gemeinsames Engagement für ein anderes, neutrales und dezentrales Europa, mit selbstverwalteten Regionen unter Erhaltung der jeweiligen kulturellen Eigenständigkeit, begründet sich auf folgende programmatische Aussagen:

- wir setzen uns entschieden gegen die Stationierung von Atomraketen in Europa, sowohl im Osten als im Westen, für drastische Abrüstung, für ein Auseinanderrücken der Macht-Militärblöcke bis zu deren Auflösung ein;
- wir sind für eine kompromißlose Umweltpolitik des ökologischen Gleichgewichts, gegen die Verschmutzung von Luft, Wasser und Böden, gegen die Zubetonierung von Natur und Landschaft;
- wir treten für die Gleichstellung der Frauen in allen Bereichen gesellschaftlichen Lebens ein;
- wir fordern im Interesse der Lohnabhängigen und Verbraucher in Fragen der Wirtschafts-, Arbeits- und Sozialpolitik Maßnahmen gegen Arbeitslosigkeit und gegen den Sozialabbau;
- wir streben eine ökologische Landwirtschaft an und wollen die Arbeitsplätze von klein- und mittelbäuerlichen Betrieben erhalten;
- wir verstehen Entwicklungspolitik als echte Partnerschaft mit der Dritten Welt und setzen uns für eine Neugestaltung der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Europa und der Dritten Welt und für eine verstärkte Zusammenarbeit der Solidaritätsbewegungen mit den Dritte-Welt-Bewegungen in Europa ein;
- wir sind für die uneingeschränkte Ausübung demokratischer Grundrechte als Voraussetzung für eine ökologische und emanzipatorische Gesellschaft.»

⁸ Quelle: AGG, B.I.1, vorl. Sign. 881. Das Datum der Unterzeichnung war der 28. April 1984.

Unterzeichner:

ECOLO/AGALEV (Belgien)

DIE GRÜNEN (Bundesrepublik)

LES VERTS/EUROPE ECOLOGIE (Frankreich)

COMHAONTAS GLAS/GREEN ALLIANCE (Irland)

DI GRENG ALTERNATIV (Luxemburg)

GROEN-PROGRESSIEF AKKORD (Niederlande)⁹

EUROPESE GROENEN (Niederlande)

ECOLOGY PARTY (England)

9 Der Groen Progressief Akkord hatte der neugegründeten Partei De Groenen die Führung ihres Namens untersagt, die sich deshalb Europese Groenen nannten, aber umgekehrt waren auch De Groenen gerichtlich erfolgreich und untersagten ihrerseits dem Groen Politieke Akkord die Führung seines Namens, weshalb das tatsächliche unterschriebene Exemplar der Erklärung die drei Mitgliedsparteien des Wahlbündnisses sowie als vierte Partei die de facto nicht existente Groen Partij Nederland, deren Namen die Radikale Partei für das Wahlbündnis geschützt hatte, nennt. Vgl. Sara Parkin, a.a.O.

Kommentar

Im Folgenden soll es nicht um einen inhaltlichen Kommentar zum politischen Gehalt der Erklärungen gehen, die die Europäischen Grünen bei ihrer Gründung abgegeben haben, sondern um Erläuterungen zum kontextuellen Zusammenhang der Gründung, obwohl die Gemeinsame Erklärung mit ihrem positiv verstandenen utopischen Entwurf selbstverständlich ein schönes Dokument des politischen Denkens der Grünen ist. Aber die Gründung war vertrackt, war vor allem deshalb vertrackt, weil die deutschen Grünen bei der Gründung nicht mitgemacht hatten. Aber bereits bei dieser Feststellung ist Vorsicht angebracht. Einerseits waren die deutschen Grünen offensichtlich, d.h. nach Aktenlage, wie sie im Grünen Gedächtnis vorliegt, an der Formulierung der Erklärungen durchgängig aktiv beteiligt. Es existiert auch kein Dokument, wonach sie sich von ihren Inhalten distanziert hätten. Der Dissens bei der Gründung der Europäischen Grünen bestand in erster Linie auf der Ebene der Bündnispolitik, die aber nicht rein instrumentell verstanden werden sollte, weil sie Teil der grünen Identitätspolitik war.

I.

Wann und wie wurden «Die Europäischen Grünen» gegründet? Sowohl zum Datum als auch zu den Gründungsorganisationen und den weiteren Umständen der Gründung gibt es eine Reihe divergierender Angaben. So wurde bei der Gründung der Europäischen Grünen Partei 2004 in Rom ein Heft verteilt, in dem es heißt: «The first European organisation was formed in 1984 in Liege at the initiative of the green parties of Benelux, United Kingdom, Germany, Sweden and Switzerland, together constituting the European Co-ordination of Green Parties.»¹ Lüttich 1984 meint den ersten Kongress der Europäischen Grünen. Das Datum wäre dann der 31. März 1984 gewesen, aber die Tagesordnung des Kongresses unterstützt die im Übrigen weit verbreitete Behauptung nicht. Auf der Agenda stand für den Vormittag die Verabschiedung des Wahlprogramms für die Europawahl 1984, am Nachmittag sollte eine Debatte über die mittel- und langfristigen Perspektiven der Grünen stattfinden. Überhaupt wird in der Einladung zum Kongress stattdessen der 21./22. Januar 1984 als Gründungstag genannt: «Wie

¹ Chicco Negri, Towards the European green party, in: Modus vivendi, Supplemento, febbraio 2004, S. 43. Die französischen und die österreichischen Grünen sind leider nicht erwähnt.

Ihr vielleicht wisst, haben sich nach zweijähriger Vorbereitung grüne Parteien aus England, Holland, Schweden, Frankreich, Oesterreich, Irland und Belgien am 21./22. Januar 1984 zu den «GRUENEN IN EUROPA» zusammengeschlossen.»² Aber auch bei dem Koordinationstreffen der europäischen grünen Parteien am besagten 21./22. Januar 1984 hat es keinen formalen Gründungsbeschluss gegeben, sondern u.a. die Vorbereitung einer für den 23. anberaumten Pressekonferenz, bei der die Gründung der «Grünen in Europa» bekanntgegeben wurde. Von daher scheint mir der 23. Januar 1984 der richtige Tag zu sein.

Allerdings hält Thomas Dietz, der sich am meisten um die Erforschung der europäischen Zusammenarbeit der Grünen verdient gemacht hat, einen noch früheren Termin für das epochemachende Datum. Da nämlich die nach der Europawahl 1979 eingerichtete Koordination grüner und radikaler Parteien 1982 auseinandergebrochen und 1983 durch eine Koordination grüner Parteien ersetzt worden sei, markiere die seit dem 23. Juni 1983 vereinbarte und praktizierte Zusammenarbeit als «European Green Coordination» die eigentliche Geburtsstunde der Europäischen Grünen.³ Seiner Ansicht nach kommt es bei der Unterscheidung historischer Perioden auf qualitative Bestimmungen an, und zwischen 1983 und 1993 sei die Zusammenarbeit der grünen Parteien in Europa durch das Mittel der Koordination bestimmt gewesen, ehe sie 1993 durch die Gründung der Europäischen Föderation Grüner Parteien qualitativ weiterentwickelt worden sei. Dietz plädiert also für den 23. Juni 1983.

In der Erinnerung der Europäischen Grünen hat sich trotzdem der 31. März 1984 durchgesetzt.⁴ Eines aber dürfte klar sein: je nach dem, welches Gründungsdatum man ansetzt, ändern sich die teilnehmenden Parteien und ein Stück weit der Charakter der Organisation, die 1983/1984 gegründet worden ist.

-
- 2 Einladungsschreiben der European Greens, unterzeichnet von Rudi Winzen, «An alle Kreisverbände der GRUENEN» vom 25.2.1984, AGG, B.I.1, vorl. Sign. 881.
 - 3 Thomas Dietz, Die grenzüberschreitende Interaktion grüner Parteien in Europa, Opladen: Westdeutscher Verlag 1997, S. 45 ff; Dietz zählt deshalb weder die Alternative Liste Österreich noch die niederländische Partei De Groenen als Gründungsmitglieder.
 - 4 Arnold Cassola; Per Gahrton (eds.), Twenty years of European Greens 1984-2004, Brüssel: European Federation of Green Parties 1983. Merkwürdig ist, dass die aus Anlass des 20. Jahrestags des Lütticher Kongresses herausgegebene Broschüre so tut, als sei in Lüttich die Europäische Grüne Koordinierung gegründet worden. Fotos mit dem Plakat «The European Greens» tragen die Bildunterschrift «Founding of European Green Coordination». Aber der Name auf dem Plakat ist echt. Er ist bei der Koordinationssitzung am 1. Oktober 1983 in Brüssel festgelegt worden. Unter Punkt «6. Organisational matters», «D. Name» des Protokolls findet sich der lustige Schreibfehler: «There is general expection [acceptance] of the name : THE EUROPEAN GREENS.», in: AGG, B.I.1, vorl. Sign. 872. Auch Frithjof Schmidt meint, dass im März 1984 in Lüttich die offizielle «Gründung der «Grünen Europäischen Koordination»» stattgefunden habe. Frithjof Schmidt, Auf dem Weg zur Europäischen Grünen Partei, in: Heinrich-Böll-Stiftung (Hrsg.), Die Grünen in Europa. Ein Handbuch, Münster: Westfälisches Dampfboot 2004, S. 50. Dagegen scheint aber Dietz die besseren Gründe für einen ein Jahr früher liegenden Gründungstermin der Koordination in 1983 zu haben.

Der 23. Januar 1984 ist kein Datum, das man mit der Gründung der Europäischen Grünen verbindet. Der Blick in das Protokoll der Koordination vom 21./22. Januar 1984⁵ lehrt jedoch, was für den 23. Januar vorgesehen war und – mit Blick auf die Presseberichterstattung – auch stattgefunden hat: die öffentliche Bekanntmachung der «Grünen in Europa» als einer neuen europäischen Parteienfamilie und die Ankündigung ihrer Kandidatur bei der im Juni bevorstehenden Europawahl mit einem gemeinsamen Programm. Die Planung für die Pressekonferenz ist im Protokoll des Koordinationstreffens in acht Spiegelstrichen festgehalten:

1. Präsentation der Europäischen Grünen,
2. Präsentation der oben wiedergegebenen Gemeinsamen Erklärung,
3. Ankündigung, gemeinsam zur Europawahl anzutreten,
4. Ankündigung des Kongresses in Lüttich, bei dem das gemeinsame Wahlprogramm vorgestellt wird,
5. Ankündigung, dass die Erklärung über die Zusammengehörigkeit der Grünen Parteien entsprechend den Regeln über die Wahlkampfkostenerstattung unterschrieben wird,
6. Protest gegen die einseitige Bevorzugung der vor fünf Jahren gewählten Mitglieder des Europäischen Parlaments bei der Wahlkampfkostenerstattung,⁶
7. Erklärung, dass die bei der Wahl im Juni 1984 gewählten Grünen für alle europäischen grünen Parteien sprechen, und
8. Protest, dass das Verhältniswahlrecht nicht überall eingeführt worden ist.

Der Kern der Botschaft vom 23. Januar 1984 in Brüssel lautete dementsprechend: wir, die wir hier stehen, sind Die Europäischen Grünen; wir werden mit einem gemeinsamen Programm zur Europawahl antreten; wir wollen im Europäischen Parlament eine grüne Fraktion bilden und werden das aus eigener Kraft schaffen.

5 Minutes of the meeting of THE EUROPEAN GREENS Brussels, Januar 21-22 1984, S. 5, in: AGG, B.I.1, vorl. Sign. 881.

6 Die 1984 gültige Wahlkampfkostenerstattungsregelung des Europäischen Parlaments unterstützte die transnationale Zusammenarbeit der Parteien, indem sie die Kostenerstattung an unterschiedliche Voraussetzungen knüpfte. Wenn kooperierenden Parteien eine «Declaration of affiliation» unterzeichnet hatten, musste eine Hürde von 1% der Wählerstimmen in drei der zehn Mitgliedsstaaten der EG übersprungen werden, ohne eine entsprechende «Declaration of affiliation» galt eine 5%-Hürde; vgl. Dietz, S.49; «Background Information on the Credits for the European Elections of 1984», von Dirk Janssens, 30.09.1983, in: AGG, B.I.1, vorl. Sign. 872. Der Zorn der Grünen richtete sich dabei gegen die Regelung, dass laut Janssens' Background Information die vor der Wahl bestehenden EP-Fraktionen je 1% der ausgeschütteten Wahlkampfkostenerstattung als Basisfinanzierung erhalten sollten; der verbleibende Rest sollte zu zwei Dritteln an amtierende EP-Abgeordnete gehen, während lediglich das dritte Drittel an die Kandidat/innen nach dem oben erwähnten Schlüssel verteilt werden sollte.

Neben der Gemeinsamen Erklärung gab es noch die hier mitabgedruckte Presseerklärung und die hat, ungewöhnlich für eine Presseerklärung, eine Fußnote. Weder die deutschen noch die luxemburgischen Grünen – Dei Greng Alternativ – haben die Gründung der European Greens mitgetragen. Ihre Nicht-Teilnahme ist neben der Gründung selbst die Hauptnachricht von der Pressekonferenz. Die Fußnote und die politischen Erklärungen bei der Pressekonferenz, über die die Zeitungen berichten, möchten den Eindruck erwecken, dass die deutsche und luxemburgische Nicht-Teilnahme lediglich formalen Gründen geschuldet ist. Die in wenigen Wochen bevorstehende Bundesversammlung der Grünen in Karlsruhe würde die deutsche Teilnahme ratifizieren.⁷ Tatsächlich wird es nicht ein paar Wochen, sondern drei Jahre dauern, bis die deutschen Grünen den European Greens beitreten, und es waren nicht formale, sondern substantielle Gründe, weshalb sie sich so lange verweigerten. Jedenfalls hat der Berichtstatter des Bulletins⁸ mit der Feststellung Recht, dass durch die Nicht-Teilnahme der deutschen Grünen die Glaubwürdigkeit der neuen Allianz schwerwiegend beeinträchtigt war. Damit außer dem politischen Schaden nicht auch noch ein finanzieller Schaden entstehe, wurde am 28. April 1984 eine dem europäischen Parlamentsrecht genügende «Declaration of affiliation», die Pariser Erklärung, die hier als drittes Dokument abgedruckt ist, nachgeschoben. Die Pariser Erklärung ist auch von den deutschen und luxemburgischen Grünen sowie zuallerletzt, knapp vor Torschluss am 2. Mai, vom niederländischen Groen Progressief Akkoord unterzeichnet worden.

II.

Es war also eine komplizierte Geburt. Die deutschen Grünen, organisatorisch und aufgrund ihres Wahlerfolgs bei der Bundestagswahl 1983 die stärkste Grünen-Formation in Europa, haben den Gründungsakt nur zur Hälfte, nur den parlamentsbezogenen Teil, mitgetragen. Sie sahen im Unterschied zu ihren Partnerinnen zu diesem Zeitpunkt, d.h. im Zusammenhang mit der bevorstehenden Europawahl, keine Notwendigkeit, die Koordinaten ihrer politischen Zusammenarbeit in Europa zu ändern, und lehnten die mit diesem Schritt zum Ausdruck kommende Veränderung der programmatischen Ausrichtung der europäischen Grünen ab. In einer Erklärung des Bundesvorstands vom 24./25. März 1984, explizit an die Teilnehmer/innen des Kongresses der Grünen in Europa in Lüttich wie auch an die dort nicht vertretenen «Alternativen und Radikaldemokratischen Parteien und Organisationen Westeuropas» adressiert, heißt es im Eingangs-

7 Sara Parkins Bericht über die Koordination der Europäischen Grünen im Zeitraum von Ende 1983 bis August 1984 bestätigt diesen Eindruck: «Die Grunen were invited to take part in the Press Conference to explain their position but they refused, wishing their absence to be explained by their internal communication problems and stating that a decision on whether to 'join' the E[uropean]G[reens]s or not would be taken at their Federal Congress (main decision making body) at Karlsruhe.» AGG, B.I.1, vorl. Sign. 881.

8 Siehe Anmerkung 10.

satz: «DIE GRÜNEN sprechen sich im Hinblick auf die bevorstehende Europawahl am 17. Juni 1984 für eine verstärkte Diskussion und Zusammenarbeit mit **allen** grünen, ökologischen, alternativen und radikal-demokratischen Parteien und Organisationen in Westeuropa aus.»⁹ Kurz, es ging bei der Gründung der European Greens um die Frage: mit wem arbeiten sie zusammen und wer ist von der Zusammenarbeit ausgeschlossen? Bislang sind hierbei immer nur zwei Varianten gegenübergestellt worden: grüne Parteien, die sich als strikt ökologische Parteien definierten und die auf der Rechts-Links-Achse des Parteiensystems weder der einen noch der anderen Seite zuneigten; oder grüne Parteien, die sich als sozial-ökologische Parteien der Neuen Linken positionierten. Die ersten tendierten dazu, die Zusammenarbeit mit postkommunistischen Parteien und Strömungen auszuschließen, während sich die zweiten eher offen zeigten. In den Niederlanden hatte sich die Radikale Partei, welche sich gegenüber ökologischen Politikansätzen am weitesten geöffnet hatte, im Vorfeld der Europawahl 1984 bei der Suche nach Bündnispartnern, mit denen der Einzug ins Europäische Parlament möglich sein würde, über eben diese Frage gespalten. Diejenigen, die eine Zusammenarbeit mit sozialistischen und kommunistischen Parteien ablehnten, hatten eine neue grüne Partei, De Groenen, gegründet und warfen dem Groen Politieke Akkoord, so der Name des grün-linken Wahlbündnisses, Etikettenschwindel vor: eine linkssozialistische Politik, die mit einem grünen Etikett auf die hohen Umfragewerte für die Grünen spekuliert. De Groenen erreichten, dass sie von den Europäischen Grünen aufgenommen wurden, während jenen die Zusammenarbeit verweigert wurde. Die deutschen Grünen skandalisierten die Haltung ihrer Schwesterparteien in der Koordination der grünen Parteien und machten ihre konstruktive Zusammenarbeit innerhalb der Koordination sowie gegenüber einzelnen Parteien, insbesondere gegenüber den französischen Grünen, von deren Haltung gegenüber dem Groen Politieke Akkoord abhängig. Dieser Konflikt sollte die europäische Koordination der grünen Parteien in den beiden folgenden Jahren weitgehend lähmen. Die deutschen Grünen nahmen die Vorwürfe – Erpressung! – relativ gelassen. In ihren Augen konnten lediglich die belgischen Grünen Erfolge vorweisen. Im Übrigen bemühten sie sich um die Parteien der Neuen Linken in den Ländern, in denen grüne Parteien bis dahin wenig erfolgreich waren. Zum Verständnis der Position der westdeutschen Grünen ist ein Blick auf die Netzwerke, mit denen die deutschen Grünen verbunden waren, und die Parteiensysteme in denjenigen Mitgliedsstaaten, in denen post-68er Parteien eine Rolle spielten, sinnvoll.

Gründungsparteien der European Greens waren die beiden belgischen grünen Parteien – die flämische AGALEV und die wallonische ECOLO –, die englische Ecology Party, die französischen Les Verts, Comhaontas Glas aus Irland und De Groenen aus den Niederlanden, schließlich aus Nicht-EG-Staaten die Alternative Liste Österreich und die schwedische Miljöpartiet. Nur die drei zuerst genannten Parteien aus Belgien und England waren auch Mitglieder der

⁹ AGG, B.I.1, vorl. Sign. 881.

Vorgängerorganisation gewesen, der «Co-ordination of the European Green and Radical Parties». Zu deren Gründungsorganisationen hatten auch die deutschen Grünen gezählt, außerdem die französische Movement d'Ecologie und eben auch zwei «radikale» Parteien, die italienische Partito Radicale und die niederländische Politieke Partij Radikalen.¹⁰ Nur die italienische Partito Radicale, aber keine einzige grüne Partei, hatte 1979 den Einzug in das erste direkt gewählte Europäische Parlament geschafft. Die niederländischen Radikalen, die mit den italienischen Radikalen nur den Namen gemein hatten, hatten sich 1968 von der Katholischen Volkspartei abgespalten und waren von 1973 bis 1977 an der von Joop van Uyl (PvdA) geführten Koalitionsregierung beteiligt. Sie hatten 1979 drei Abgeordnete im niederländischen Parlament, die vorerst die Organisation der Koordination der grünen und radikalen Parteien übernahmen.

Die beiden radikalen Parteien, so wenig sie sonst gemein haben mochten, waren damit die einzigen in der Koordination, die parlamentarisch verankert waren und insofern über einen gewissen Apparat verfügten. Nimmt man hinzu, dass die italienischen Radikalen sich als europäische Partei verstanden und nur nach mühevollen Verhandlungen von der Absicht abzubringen waren, ihren belgischen Ableger 1981 gegen ECOLO als Konkurrenz antreten zu lassen, ist leicht zu verstehen, dass unter den europäischen Grünen die Idee einer eigenen Organisation reifte, und das umso mehr, als nun die ersten Wahlerfolge der Grünen eintraten. Die Schweizer/innen hatten 1979 mit der Wahl von Daniel Brélaz in das schweizerische Parlament den Reigen eröffnet, 1981 folgten AGALEV und ECOLO in Belgien, und der Erfolg der deutschen Grünen vom 6. März 1983 machte noch einmal Epoche. Noch im selben März kam es auf Einladung der belgischen Grünen zum ersten «Meeting of the Green Parties of Europe»¹¹. Jetzt, ein gutes Jahr vor den Europawahlen von 1984, begannen die Gespräche über die Gründung einer europäischen grünen Koordination ohne Beteiligung der italienischen und niederländischen Radikalen. Diese Gespräche sind also von der Erwartung getragen, diesmal ohne die Radikalen eine eigene, aus belgischen, deutschen und französischen Abgeordneten zusammengesetzte rein grüne Gruppe im Europäischen Parlament bilden zu können. Diese Erwartung wird sich jedoch nicht erfüllen.

Außer der Koordination der grünen und radikalen Parteien existierte mit der sogenannten technischen Fraktion im Europaparlament, der 1979 gegründeten «Fraktion für technische Koordinierung und Verteidigung der unabhängigen Gruppen und Abgeordneten» eine weitere europäische Struktur, zu der die deutschen Grünen ständigen Kontakt hielten. Das Verbindungsbüro war mit Roland Vogt, der 1979 auf Platz 2 der deutschen Liste für das Europaparlament kandidiert hatte, prominent besetzt. Geschäftsführer, Secrétaire Général,

10 Sara Parkin, in: Arnold Cassola; Per Gahrton (eds.): Twenty years of European Greens 1984-2004, Brüssel 2003, S. 42.

11 Frithjof Schmidt: Auf dem Weg zur Europäischen Grünen Partei, in: Heinrich-Böll-Stiftung (Hrsg.): Die Grünen in Europa: ein Handbuch, Münster: Westfälisches Dampfboot 2004, S. 50.

der Fraktion für technische Koordinierung war John Lambert von der pazifistischen Initiative Agenor. Er wird bis 1988 dieselbe Funktion im Green Alternative European Link (GRAEL) ausüben.

Die Fraktion für technische Koordinierung war unter anderem aus dem Wahlbündnis der Grünen zur Europawahl 1979 hervorgegangen. Unter ihre elf Abgeordneten zählten fünf Italiener/innen, außer den drei italienischen Radikalen Marco Pannella, Emma Bonino und dem Schriftsteller Leonardo Sciascia noch Luciana Castellina, Redakteurin von *Il Manifesto* und Parlamentsabgeordnete der Partito d'Unità Proletaria (PdUP), und Mario Capanna, prominenter Repräsentant der 68er-Studentenbewegung, der sich der Democrazia Proletaria (DP) angeschlossen hatte. Die DP ist 1975, als Christdemokraten und Kommunisten in Italien den historischen Kompromiss vorbereiteten, als breites Wahlbündnis aller nicht-kommunistischen radikalen Linken entstanden, das sich 1978 in eine Partei umwandelte. Die PdUP war 1975 Teil des Wahlbündnisses DP gewesen, beteiligte sich aber nicht an der Parteigründung, sondern blieb unabhängig, bis sie sich 1985 wieder dem PCI anschloss. 1991, beim Zusammenbruch des italienischen Parteiensystems, wurde die DP Teil der Partito della Rifondazione Comunista. Teile der DP hatten sich allerdings Mitte der 80er-Jahre in Richtung Grüne aufgemacht und sich an der Gründung des Arcibaleno Verde beteiligt, der Regenbogen-Grünen, die am Ende des Jahrzehnts mit den Grünen Listen fusionierten. Wenn also die italienischen Grünen zwar noch nicht zu den Gründungsparteien der Europäischen Grünen zählten, so ist es doch nicht so, dass der Konflikt, der bei der europäischen Gründung zwischen «grün-grünen» und «rot-grünen» Grünen auftrat, in Italien nicht auch vorhanden gewesen wäre. Zum Konflikt kommt es allerdings erst in der zweiten Hälfte der 80er-Jahre.

In den frühen 80er-Jahren repräsentierten Partito Radicale, Democrazia Proletaria und Partito di Unità Proletaria weitgehend das Spektrum der post-68er PCI-kritischen Linken in Italien und waren in der Bundesrepublik Deutschland im studentischen Milieu wie in dem der Migrant/innen durchaus präsent. Insbesondere die Parteien der sogenannten proletarischen Linken traten in den Universitätsstädten als Botschafter/innen der italienischen Linken auf, pflegten freundschaftliche Kontakte zu den diversen Gruppen der undogmatischen Linken und wurden mehr oder weniger integraler Bestandteil der westdeutschen Alternativkultur. Nachdem sie seit der Wahl 1979 Teil der technischen Koordination geworden waren, wurden PdUP- und DP-Abgeordnete 1984 Mitglieder des Green Alternative European Link, während sich die italienischen Grünen damals noch in ihrer Gründungsphase befanden. Die Beziehungen zwischen den italienischen Grünen Listen, der Partito Radicale und der Democrazia Proletaria waren keineswegs klar. Bei den Kommunalwahlen 1985 wird die Partito Radicale zugunsten der Grünen Listen auf eine eigene Kandidatur verzichten und in der Folge wird eine zweite grüne Formation aus Mitgliedern der Partito Radicale und der Democrazia Proletaria entstehen, der Arcibaleno Verde, ehe sich 1989/90 die Föderation der Grünen Listen und der Arcibaleno Verde zu den

heutigen italienischen Grünen zusammenschließen.¹² Die italienischen Grün-Alternativen beobachteten auch, was seit 1983 in der Koordination der grünen Parteien vorging. So nahmen am 26. November 1983 fünf Beobachter/innen aus Italien teil, darunter Alexander Langer von der Alternativen Liste für ein anderes Südtirol, drei Vertreter/innen der Umweltschutzorganisation Lega per l'ambiente und Carla Ferrari für die PdUP.

Der Fraktion für technische Koordinierung gehörten vier Dänen an, die als Folgebevægelsen mod EF, als Volksbewegung gegen die Europäische Gemeinschaft, 21% der Stimmen und vier der sechzehn dänischen Mandate errungen hatten. Die Volksbewegung gegen die EG war ein Wahlbündnis aus Kommunisten, Sozialistischer Volkspartei, die sich 1959 von den Kommunisten abgespalten hatte und heute zur Europäischen Grünen Partei gehört, und weiteren linkssozialistischen Strömungen, die eine Übertragung von Souveränitätsrechten an die Europäische Gemeinschaft ablehnten. Die meist jungen euroskeptischen dänischen Linksinтеллектуellen unterschieden sich nicht wesentlich von den italienischen Linksinтеллектуellen und Postkommunisten, auch wenn sie nicht Mitglied des GRAEL werden sollten, was für eine euroskeptische Listenverbindung, die die parlamentarische Mitarbeit verweigerte, keinen Sinn ergab. Die Dänen bildeten eine eigene Untergruppe in der Regenbogenfraktion.

Selbstverständlich waren auch in Frankreich mehrere Parteien der 68er-Generation entstanden, unter denen die maoistische Gauche Prolétarienne (GP) und die trotzkistische Jeunesse Communiste Révolutionnaire (JCR) die bekanntesten waren. Letztere war unter dem Siegel LCR noch in der jüngsten Vergangenheit viel erfolgreicher, als sie es in den hier betrachteten 80er-Jahren war. Zum Spektrum der 68er-Parteien ist noch die intellektuell bedeutsame Parti Socialiste Unifié (PSU) zu zählen. Bei dem erwähnten Koordinationstreffen im November 1983 fragten die deutschen Grünen ihre französischen Freund/innen neugierig nach deren Kontakten zur PSU. Die PSU erhielt – zumindest rhetorische – Unterstützung von den italienischen Radikalen, obwohl italienische Radikale und französische Grüne in der Koordination grüner und radikaler Parteien verbunden waren und sich also nur gegenseitig, aber schon gar nicht ihre Konkurrenten unterstützen sollten. Die PSU wurde auch nicht Teil der Einigung der französischen Grünen im Januar 1984, obwohl das zumindest temporär nicht ausgeschlossen schien, sondern schloss sich später Mitterrands Parti Socialiste an. Das eigentliche Drama der französischen Grünen war aber, dass ihnen die Vereinigung der verschiedenen politischen Strömungen nur unvollständig gelang, so dass bei der Europawahl 1984 zwei konkurrierende Listen antraten, die jeweils die Hälfte des grünen Elektors auf sich vereinigen konnten. Les Verts erhielten 3,37% der abgegebenen Stimmen, eine von Brice Lalonde angeführte konkurrierende Liste, Entente radicale écologiste, 3,31%. Angesichts der in Frankreich

12 Alberto Vannucci, *Federazioni dei Verdi e Partito Radicale*, in: Luciano Bardi; Piero Ignazi; Oreste Massari (Ed.), *I partiti italiani. Iscritti, dirigenti, eletti*, Mailand: EGEA/Università Bocconi Editore 2007, S. 175-178.

bei der Europawahl 1984 gültigen 5%-Hürde hatten sie sich damit gegenseitig eliminiert. Brice Lalonde, auch er ein früheres PSU-Mitglied, war während des Mai 68 Vorsitzender des Studentenverbandes UNEF an der Sorbonne gewesen, ehe er Anfang der 70er-Jahre Vorsitzender der Amis de la Terre wurde – das deutsche Pendant ist der BUND – und 1981 zum gemeinsamen Präsidentschaftskandidaten der französischen Écologistes gewählt wurde. Lalonde wurde jedoch niemals Mitglied der Grünen, sondern trat 1988 in die Regierung Rocard ein.

Die Partei der niederländischen Radikalen, die Politieke Partij Radikalen, arbeitete seit ihrer Abspaltung von der Katholischen Volkspartei zuerst mit der sozialdemokratischen Arbeiterpartei (PvdA) und der linksliberalen Partei Democraten 66 (D66) zusammen und ging mit ihnen von 1973 bis 1977 eine Regierungskoalition ein. Seitdem orientierte sie sich zunehmend weiter nach links, wurde darüber aber zu einer Splitterpartei, die bei den nachfolgenden Wahlen keine 2% der Wähler/innen mehr für sich mobilisieren konnte, weshalb sie zuletzt nur noch mit zwei Abgeordneten im niederländischen Parlament, der Zweiten Kammer, vertreten war. Für die Europawahl 1984 hätte ein solches Wahlergebnis nicht ausgereicht, um eines der 27 Mandate zu gewinnen. Die Radikalen sahen sich deshalb vor die Notwendigkeit gestellt, mit den anderen Parteien der Linken, der Pacifistisch Socialistische Partij (PSP) und der Communistische Partij van Nederland (CPN), zusammenzuarbeiten. Aus dieser Zusammenarbeit ging der Groen Politieke Akkoord hervor. 1989/90 schlossen sie sich mit einer weiteren kleinen Linkspartei, der Evangelischen Volkspartei, zu Groen Links zusammen. Bei der Bildung des Groen Politieke Akkoord spaltete sich eine Minderheit von den Radikalen ab und gründete als neue Partei De Groenen, welche 1984 die Gemeinsame Erklärung der Grünen in Europa unterzeichnet hat. Mitte der 80er-Jahre unterhielt die Politieke Partij Radikalen, nicht anders als die deutschen Grünen, politische Kontakte zu anderen post-68er links-undogmatischen Parteien in ganz Westeuropa, trotz der politischen Absprache innerhalb der Koordination grüner und radikaler Parteien, nicht außerhalb des grünen Spektrums nach Kooperationspartnern zu suchen. Die Beispiele Italiens, Frankreichs und der Niederlande zeigen die Vergeblichkeit solcher Forderungen. Sie funktionierten in den stark von der 68er-Bewegung geprägten politischen Kulturen und Multi-Parteien-Systemen schlechterdings nicht.

Die deutschen Grünen bewegten sich Ende 1983, Anfang 1984 in sich überschneidenden transnationalen Netzwerken, die außer den genuin grünen Parteien die radikaldemokratischen, linkssozialistischen, postkommunistischen und euroskeptischen Linksparteien verbanden, und sie zeigten wenig Neigung, sich für eine Linie zu entscheiden. Vielmehr bestand eine starke Tendenz, sich politisch auf die gesamte Breite des so beschriebenen Spektrums zu beziehen. Am 12. Dezember 1983 stellte Helmut Horst in der BAG Europa den Antrag «Dialog für europäische Alternativen in Brüssel – DIE GRÜNEN sollten dabei sein!» Der Kernsatz des Antrags lautete: «Ich schlage also vor, daß sich DIE GRÜNEN künftig neben der Teilnahme bei den Europa-Grünen als «Partner» (so der offizielle Begriff) an dem «Dialog für europ. Alternativen» beteiligen, damit

sie sowohl mit dem grünen als auch mit dem linken Bein fest auf europäischem Boden stehen.»¹³ An dem Dialog für europäische Alternativen nahmen unter anderem die PdUP aus Italien, die PSU aus Frankreich, aus den Niederlanden die Radikalen und die Pazifistische Sozialistische Partei, schließlich die Sozialistische Volkspartei aus Dänemark teil. Die Zusammenarbeit in diesem Netzwerk sollte dem Ziel dienen, der bestehenden EP-Fraktion für technische Koordinierung ein grün-alternatives Profil zu geben. Wenn das erklärte Ziel der Europäischen Grünen war, anstelle einer bloß technischen Fraktion eine genuin grüne Fraktion im Europäischen Parlament zu begründen, dann war es das der deutschen Grünen, eine grün-alternative Fraktion zu bilden. Beide sind 1984 gescheitert. Die Europäischen Grünen scheiterten, weil lediglich zwei belgische Grüne, die diesen Kurs verfolgten, ins EP gewählt wurden. Das Alternativmodell der deutschen Grünen war nur vor der Hand erfolgreicher, denn ihre Bündnispartner aus dem Spektrum der Neuen Linken waren an einer engeren, grün-alternativ strukturierten Zusammenarbeit gar nicht interessiert. 1989 hörten die entsprechenden Experimente wie von selbst auf.

III.

Mit der Behauptung, dass mit der Gründung der Europäischen Grünen diejenige transnationale Zusammenarbeit eingesetzt hat, die sich inzwischen zur Europäischen Grünen Partei entwickelt hat, steht die Frage im Raum, wie weit die genannten bündnispolitischen Erwägungen allein bestimmend waren oder ob nicht auch die institutionellen Anreize des europäischen politischen Systems eine Rolle gespielt haben, ob nicht erste Anzeichen einer Europäisierung der Grünen feststellbar sind.

Die dritte hier abgedruckte Erklärung ist die wahlrechtlich relevante «Declaration of affiliation». Ihre Relevanz ist durch das Regelwerk des Europäischen Parlaments über die Bildung von Fraktionen begründet. Ohne hier ins Detail gehen zu wollen, verhält es sich so, dass eine europäische politische Parteienformation, deren Mitglieder eine entsprechende Deklaration unterschrieben haben, mit weniger Abgeordneten eine Fraktion bilden können, wenn sie aus mehr Mitgliedsstaaten der Europäischen Gemeinschaft kommen. Hätten die Grünen beispielsweise nur in zwei Staaten den Einzug ins EP geschafft, hätten sie 15 Abgeordnete für die Fraktionsbildung gebraucht und wären dann an dieser Hürde gescheitert. Außerdem spielt die Deklaration bei der Wahlkampfkostenerrstattung eine Rolle. Beide Aspekte haben für kleinere Parteien wie die Grünen allerdings eine große Bedeutung. Im Prinzip hätte wohl eine einzige politische Erklärung, die von allen grünen Parteien unterschrieben worden wäre, ausgereicht. Es gehört aber zur Gründungsgeschichte der Europäischen Grünen, dass sie den einfachen Weg nicht hinbekommen haben.

13 AGG, B.I.1, vorl. Sign. 872.

Die politische Zusammenarbeit der nationalen Parteien in Europa als transnationaler Parteienkooperation und ihre Zusammenarbeit in einer gemeinsamen Fraktion im Europäischen Parlament sind die beiden hauptsächlichen Säulen, auf deren Entwicklung die Herausbildung grundsätzlich aller europäischen Parteien beruht, wobei darauf hingewiesen sei, dass europäische Parteien Organisationen sui generis sind und sich von nationalen Parteien erheblich unterscheiden. Wenn die Beteiligung an Wahlen die vornehmliche Aufgabe politischer Parteien ist, weil sie den Bürger/innen eines Landes durch die Parteienkonkurrenz eine demokratische Wahlmöglichkeit eröffnet, dann sind europäische Parteien keine Parteien im landläufigen Sinn des Wortes. Vielmehr sind es auch bei Wahlen zum Europäischen Parlament nach wie vor die nationalen Parteien, die auf nationaler Ebene um Sitze im Europaparlament konkurrieren. Die europäischen Parteien kandidieren nicht, sie sind an der Aufstellung der Kandidat/innen in den Mitgliedsstaaten der Europäischen Union nicht beteiligt und haben auch keine individuellen Mitglieder, die sie für die Durchsetzung ihrer Ziele mobilisieren könnten. Ihre Relevanz ergibt sich vielmehr aus der politischen Struktur der Europäischen Union, in der sich die legislativen und exekutiven Aufgaben auf europäischer, nationalstaatlicher und regionaler bzw. bundesstaatlicher Ebene überlagern und dieses europäische Mehrebenensystem erfordert eine entsprechende parteipolitische Zusammenarbeit in Europa. Die nationalen Parteien müssen sich, wenn sie ihre Ziele in der Europäischen Union verfolgen wollen, europäisieren. Europäische Parteien sind demnach insgesamt besser als europäischer Kooperationsrahmen und Debattenraum für eine die verschiedenen politischen Handlungsebenen übergreifende Zusammenarbeit innerhalb der europäischen Parteienfamilien beschrieben, die sich bislang noch stärker auf die parlamentarische als auf die außerparlamentarische Zusammenarbeit beziehen. Das heißt aber, dass man sich europäische Parteien nicht einfach als europäische Zusammenarbeit der nationalen Parteien vorstellen sollte, die ihre Krönung in der weltweiten Zusammenarbeit, zum Beispiel als Global Greens, findet. Europäisierung bedeutet immer die Rückwirkungen der Europäischen Union auf die nationalen Parteien. Anfang 1984, zu einem Zeitpunkt also, zu dem die Grünen lediglich in der Schweiz, in Belgien und in der Bundesrepublik Deutschland im Parlament vertreten sind und überall sonst außerparlamentarische Bewegungen sind, scheint ein solcher stärkerer Begriff von Europäisierung vielleicht unangemessen. Das liegt zum einen an den Defiziten der Grünen, zum anderen beginnt die Verlagerung von politischen Kompetenzen in das europäische Mehrebenensystem gerade erst.

Seitdem hat die transnationale Zusammenarbeit der Parteien in der Europäischen Union deutliche Fortschritte gemacht. Die jeweiligen Wahlen zum Europäischen Parlament und die Entwicklung der legislativen Kompetenzen des Europäischen Parlaments sowie der Rechtsstellung der organisierten transnationalen Parteienkooperation im Rahmen der europäischen Verträge sind ebenso viele Markierungspunkte in der Entwicklung der parteipolitischen Zusammenarbeit, als von ihnen neue Impulse für die Vertiefung der Zusammenarbeit ausge-

gangen sind. Keine Wahl zum Europäischen Parlament war eine bloße Neuwahl, jede Wahl war auch mit einer Weiterentwicklung der Europäischen Gemeinschaft bzw. der Europäischen Union verbunden, und die politische Zusammenarbeit der nationalen Parteien hatte mit dieser Entwicklung Schritt zu halten.

Deshalb kam es bei den grünen Parteien im Zusammenhang mit der zweiten Direktwahl zum Europäischen Parlament zwischen Januar und Juni 1984 zu einer beeindruckenden Serie von Gründungen: am 23. Januar die Gründung der Europäischen Grünen in Brüssel, die am 31. März und 1. April in Lüttich ihren ersten Kongress als Wahlkongress zur Europawahl 1984 abhielten; am 28. April die Unterzeichnung der Pariser Erklärung, die formell gegenüber dem Europäischen Parlament die Gründung der grünen Parteienfamilie vollzog; schließlich nach der erfolgten Europawahl die Bildung der ersten parlamentarischen Formation der Grünen und Alternativen im Europäischen Parlament, des Green Alternative European Link, kurz GRAEL, der Teil der Regenbogenfraktion im Europäischen Parlament wurde. Aus ihm sind im Laufe der Wahlperioden die Grünen im Europäischen Parlament geworden.

Neben der bloßen Faktizität dieser Gründungssequenz, die beide Säulen der eingangs genannten transnationalen Zusammenarbeit betraf und die deshalb mit Fug und Recht in dieser Sequenz die Gründung der Europäischen Grünen darstellte, ist das zweite ins Auge fallende Charakteristikum, dass bei den verschiedenen Gründungsereignissen nie genau dieselben grünen Parteien die jeweilige Gründungsvereinbarung unterschrieben haben. Das muss man sich klarmachen: keine der Parteien, die bei der Pressekonferenz im Januar die Gründungserklärung der Europäischen Grünen abgegeben haben, wird sich im Juni an der Gründung des Green Alternative European Link beteiligen. Allein die beiden belgischen Grünen, je ein Vertreter von ECOLO und Agalev, die vorerst nicht dem GRAEL beitreten mochten, waren überhaupt die einzigen Abgeordneten aus dem Kreis der an der Pressekonferenz beteiligten Parteien, die tatsächlich ins Europäische Parlament gewählt wurden. Aber für die Parteien, die die wahlrechtlich relevante Pariser Erklärung unterzeichnet hatten, waren elf Abgeordnete ins Europäische Parlament eingezogen und sicherten damit – gerade soeben – eine mögliche Fraktionsbildung.

Die beteiligten Politiker/innen der Grünen hatten die klare Erwartung, nach der Europawahl eine grüne Fraktion im Europäischen Parlament bilden zu können. Das Erfordernis – zehn Abgeordnete aus drei Mitgliedsstaaten, d.h. aus Belgien, der Bundesrepublik Deutschland und Frankreich – schien keine unüberwindliche Hürde zu sein. Umso größer war der Schock, als sich die deutschen – und die luxemburgischen – Grünen nicht an der Gründung der Europäischen Grünen beteiligten. Ohne die deutschen und luxemburgischen Unterschriften sah die Gründung nach einem voluntaristischen Akt aus, bei dem das hohe Vorgefühl des erwarteten Wahlsiegs und die betretene Sorge, nicht einmal die Minimalvoraussetzungen für die Wahlkampfkostenerstattung erfüllen zu können, dicht zusammen lagen. Dieses Schwanken zwischen Aufbruch und empfundener Stärke auf der einen Seite und geahnter und am Ende tatsächlicher Schwäche

auf der anderen war mitbestimmend für die Situation der Europäischen Grünen bei ihrer Gründung im Jahre 1984.

Tatsächlich hatten am Wahlabend im Juni außer den beiden belgischen Grünen nur die bundesrepublikanischen Grünen sieben und der niederländische Groen Progressief Akkoord zwei Mandate gewonnen. Die vor der Wahl hoch gehandelten französischen Grünen waren an der 5%-Hürde gescheitert. Insgesamt hatten die Grünen elf Mandate aus drei Mitgliedsstaaten gewonnen und damit das erforderliche Minimum für eine Fraktionsbildung nur ganz knapp erreicht. Angesichts der Spannungen zwischen den belgischen und den niederländischen Grünen, die beide mit ihren zwei Mandaten die Fraktionsgemeinschaft jederzeit in Frage stellen konnten,¹⁴ und wegen der Präferenz der westdeutschen Grünen, die lieber «mit EG-kritischen Kräften und linkssozialistischen Abgeordneten»¹⁵ zusammenarbeiten wollten, fiel die Entscheidung, bei der Fraktionsbildung an die 1979 gebildete technische Fraktion anzuknüpfen. Allein dass die Idee der Gründung der Europäischen Grünen verfolgt und umgesetzt werden konnte, ist ohne die für die zweite Direktwahl 1984 geschaffenen institutionellen Voraussetzungen kaum zu verstehen. Die neuen institutionellen Voraussetzungen – das Minimum von drei über eine «Declaration of affiliation» verbundene grüne Parteien mit zehn Abgeordneten im Europäischen Parlament – schienen ein realistisches Ziel zu sein und haben dadurch bei der Gründung der Europäischen Grünen Pate gestanden.

14 Frank Schwalba-Hoth, Rechenschaftsbericht, Brüssel, April 1988, XXI S. geheftet, hier S. III.

15 Ebenda, S. III.